

Achtung! Fabrikarbeiter Ostschlens!

Wählt revolutionäre Delegierte zum Verbandstag. Am 10. Mai konzentriert die Opposition bei den Verbandstagswahlen ihre Stimmen auf folgende Kollegen:

- Zahlstelle Dresden: Max Garten, Betrieb Gleitmann;
- Zahlstelle Baugewerk: Max Hottel, Betrieb Adolphshütte.
- Zahlstelle Heidenau: Karl Feiters, Arena.
- Zahlstellen Kadeburg, Kadeberg und Zittau: Bruno Schiefer, Kadeburg.

Bei der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress

die am gleichen Tage stattfindet, konzentriert die Opposition ihre Stimmen reflexlos auf die Kollegen

- Willy Schneider, Freital,
- Ernst Siegmund, Chemnitz.

Jeder oppositionelle Fabrikarbeiter hat die Pflicht, am 10. Mai von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Bei Stimmenabgabe sind die Mitgliedsbücher vorzulegen. Ohne dieselben kein Wahlrecht.

Die Bürokraten vom Baugewerksbund gegen die Arbeiter — für die Unternehmerinteressen!

(Bericht eines Arbeiterkorrespondenten.)

Auf dem Ausstellungsgelände wimmelt es jetzt von Bauarbeitern aller Kategorien. Am 20. Mai soll die Ausstellung für Wohnung und Siedlung eröffnet werden. Um die rechtzeitige Eröffnung zu ermöglichen, sollen die Bauarbeiter herhalten und Überstunden bzw. Sonntagsarbeit machen. Zu diesem Zweck hatte Seidel vom Baugewerksbund eine Betriebsversammlung einberufen, um seinen Mitarbeitern die Sonntagsarbeit als eine momentane Notwendigkeit schmachtlich zu machen, d. h. er wollte nur die „Stimmung“ der Kollegen zu dieser Frage lenken. Es sollte alles reichlich entschädigt werden. Neben 50 Prozent und 5 Mark extra sollte sogar noch Kaffee und Kuchen verabreicht werden. Wie Seidel sagte, sollte es auch diesmal gar nicht im Interesse der Unternehmer gelegen sein, sondern nur die Ausstellungslösung hätte ein Interesse daran, und das „allgemeine Wohl“ müsste man auch berücksichtigen. (Diese Töne hört man ja schon 7 Jahre und noch länger.) Die Arbeiter hatten für Überstunden und Sonntagsarbeit mit Kaffee und Kuchen aber gar kein Interesse. Der Kollege G. setzte den Kollegen auseinander, wie falsch der Standpunkt von Seidel sei. Im März bei der Lohnbewegung habe man nicht an die Ausstellung gedacht, sondern ganz schnell den Kuhhandel mit den Unternehmern gemacht, um lumpige paar Pfennige mehr Lohn. Man habe eine gute Konjunktur verpaßt und die Kollegen wirtschaftlich aufs schwerste geschädigt. Eine Volksversammlung berufe man auch nicht ein, nur um den glatten Verrat vom März zu verschleiern. Für Seidel, Barth und seine Stützen sind die Laufende von Bauarbeitern nur zum Zahlen da. Die Lohnpolitik muß man ihnen, den „bewährten Führern“ überlassen, die zahlenden Kollegen sind bei Seidel nicht reich und man muß da, wie schon immer, die Diktatur anwenden. Kollege G. sagte, die Pflicht von Seidel sei es, den Kollegen geradezu zu verbieten, Überstunden zu machen, denn wir verabschieden unsere Stellung bei der kommenden Lohnbewegung, und weil diese Frage eine grundsätzliche Bedeutung habe. Wir hätten als Bauarbeiter gar kein Interesse daran, wann und ob die Ausstellung fertig würde, denn die Selt- und sonstigen Kaufbuden seien nicht für uns, für die Proleten gebaut. Sie dienen nur den Vergnügungen der fetten Bourgeois, die zahlungsfähig seien. Ein Antrag auf völlige Ablehnung von Mehrarbeit, den der Kollege G. stellte, wurde trotz Seidel und zwei bis drei seiner Stützen, gegen fünf Stimmen angenommen. Ueber weitere Dinge zu sprechen war nicht möglich, da die Mittagspause vorüber war. Eine Anfrage, wo die Volksversammlung der Dresdner Bauarbeiter bleibe, die Stellung nehmen sollte zum letzten Lohnabschluß, wurde von Seidel abgetan mit der Bemerkung, daß wir die Überstundenfrage besprechen. An den Dresdner Bauarbeitern liegt es, durch Anträge ihrer Belegschaften diese Volksversammlung von der Ortsverwaltung zu erzwingen. Wird keine Klarheit geschaffen über die Streitabwägung durch das Drei-Männer-Kollegium, dann muß sich dieselbe Schweinerei beim nächsten Tarifabschluß wiederholen. Kollegen auf den Baustellen, seid euch dessen bewußt, fordert euer Mitbestimmungsrecht, denn ihr zahlt, fordert überall die Volksversammlung, spricht dieser Ortsverwaltung, die eure Mitgliedsrechte völlig mißachtet, die euch geradezu als dumme Jungens behandelt, das schärfste Mittel aus. Kümmerst euch intensiver als bisher selbst um eure Organisation. Ihr zahlt und ihr müßt auch bestimmen, denn es geht hierbei um eure Lebensinteressen.

Schweinemäßige Zustände bei G. & N.

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Skandalöse Zustände in Bezug auf die sanitären Einrichtungen des Betriebes herrschen bei der Weltfirma G. & N. Die Wasserleitung des Betriebes hat einen außerordentlich geringen Druck. Wenn wir in der dritten Etage ein Glas Wasser trinken wollen, so müssen wir erst in das Parterre hinunter. Dort läuft dann meistens auch kein Wasser. Derselbe Mangel macht sich öfters auch bei der Spülanlage im Klosett bemerkbar. Es kann manchmal den ganzen Tag nicht gespült werden. Was da für herrliche Düfte wehen, davon kann sich mancher Sterbliche keinen Begriff machen. Es gehört eine ziemlich starke Natur dazu, einen solchen Raum ohne Gasvergiftung und Ohnmachtsanfall auf einige Minuten benutzen zu müssen. Ein solcher Zustand, ja noch toller, spielte sich vor reichlich 8 Tagen ab. Einen ganzen Tag hatte die Wasserleitung nicht funktioniert, tags darauf brach die Panik aus. Die in allen Farben schillernde Maske, von der engen Umarmung der Klosettbecken frei, stürzte sich auf die Treppentritt, von dieser in den Maschinenraum und bildete große duftende Vaken. Es war gerade während der Frühstückspause und diente nicht gerade dazu, den Proleten das Frühstück beförmlich zu machen. Wir sind dem Verhängnis dadurch entgangen, daß wir sofort alle Lächer aufriefen. Dieser skandalöse Zustand herrscht nun schon einige Jahre unter der „vortrefflichen“ Leitung des Direktors Besler, den man stets mit dem Notizblock in der Hand

durch die Abteilungen streifen sieht. Er ist nur da, um die Proleten auszulaugen, mit anderen Worten, kapitalistisch ausgedrückt: die Produktion zu steigern! Aber die sanitären und hygienischen Einrichtungen auszubauen, ist für ihn eine Vergeudung des Kapitals und eine Schmäherung der Profite der Aktionäre.

Für sanitäre Einrichtungen in den Betrieben haben eben diese kapitalistischen Ausbeuter niemals Geld. Von der Gewerbeinspektion aber dürfte erwartet werden, daß sie sich recht bald einmal um diese unhygienischen saumäßigen Zustände kümmert.

Von Hartwig & Vogel

Der Arbeiter darf nicht nach seinem Lohn fragen.

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Vor wenigen Tagen wurde durch den Arbeitsnachweis Dresden ein Arbeiter zu der Firma Hartwig u. Vogel, Dresden-Altstadt, vermittelt und auch vom Betriebsleiter Müller, einem ehemaligen Maschineningenieur, eingestellt. Als sich der betr. Arbeiter die äußerst beschreibende Frage erlaubte, nach welchem Tarifvertrag er denn eigentlich entlohnt würde, schnauzte ihn der Betriebsleiter an: „Sie haben ja noch gar nicht gearbeitet und wollen schon wissen, was es für Lohn gibt, wenn Ihnen das nicht paßt, so holen sie sich ihre Papiere!“ Damit war der Arbeiter wieder entlassen und auf die Straße gesetzt.

In dieser demokratischen Republik unter sozialdemokratischer Regierung hat der Arbeiter also nicht mehr das Recht, nach seinem Lohn zu fragen, ohne dabei befürchten zu müssen, kurzerhand entlassen zu werden. Also — der Arbeiter soll recht hübsch abwarten, was die Firma gnädigst gerührt, ihm an Lohn zu zahlen. Die Arbeiter von Hartwig u. Vogel sollten sich mit diesem frechen Betragen des Betriebsleiters Müller einmal ernsthaft beschäftigen, und dafür sorgen, daß diesem Herrn die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Und falls er glaubt, als ehemaliger Marineingenieur weiterhin derartige Methoden an den Tag zu legen, diesem Treiben durch das geschlossene Vorgehen der Belegschaft ein Ende zu bereiten.

Und das nennt sich Arbeitervertreter!

Der Arbeiter Gansauge war seit dem 19. Februar bei den Farbenfabriken O. Faer, Kadeburg-Dresden beschäftigt. Als er am 17. April an seinen Meister mit der Bitte herantrat, ihm wegen seines Gesundheitszustandes eine andere Arbeit zu geben, wurde ihm erklärt, daß die Firma mit diesem Tage kein Arbeitsverhältnis lösen wolle und bereit sei, ihm für 14 Tage Lohn auszusuchen, damit der Anspruch auf die Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist erlösche. Der Arbeiter G. wandte sich, da eine Begründung für seine Entlassung nicht gegeben war, sofort an den Arbeiterrat mit dem Ersuchen, in der Angelegenheit seiner Entlassung Einspruch zu erheben. Der Betriebsleiter, der für diese Angelegenheit verantwortlich, konnte an diesem Tage nicht mehr erreicht werden und habe dem Kassierer bereits Anweisung gegeben, dem Arbeiter G. die Entlassungspapiere und den zuständigen Lohn auszubehalten. Da es in diesem Betrieb infolge der allgemein schlechten Bezahlung der Arbeiter üblich ist, daß die Arbeiter mehr oder weniger größere Beträge als Vorschuß nehmen, glaubte die Firma sich berechtigt, bei der Entlassung des Arbeiters den Betrag von 65 Mark bei der Entlassung sofort in Abzug bringen zu dürfen, so daß dem Arbeiter zugemutet wurde, mit 7,50 Mark pro Woche nach Hause zu gehen. Trotz mehrfachen Drängens hat der Arbeiterrat es nicht für notwendig befunden, sich mit der Angelegenheit der Entlassung des Genossen Gansauge ernsthaft zu beschäftigen. Nach wiederholtem Vorstelligwerden wurde ihm von dem Arbeiterrat folgendes Schreiben übermittelt:

Dresden-Kadeburg, 21. 4. 1925.

Herrn Walter Gansauge.

Hierdurch teilen wir Unterzeichneten dir mit, daß der Betriebsrat der Firma Faer zu deiner Entlassung Stellung genommen hat. Der Betriebsrat sieht sich aber ungerade, die Angelegenheit weiter zu verfolgen und lehnt jede weitere Maßnahme ab. Gründe: Da du erklärst hast, mit der Entlassung seiest du einverstanden, nur mit dem Abziehen des Vorschusses nicht. Eine Möglichkeit, dich wieder in unserem Betrieb unterzubringen, besteht dadurch überhaupt nicht.

Es zeichnen:

Albert Franke, M. Volkmann, A. Uelsh, K. Seidel, G. Freitsche.

Mit diesem Schreiben bringt der Arbeiterrat zum Ausdruck, daß er es ablehnt, sich irgendwie gegen die Entlassung des Arbeiters Gansauge einzusetzen. Es entspricht der Unwahrheit, daß sich Gansauge mit seiner Entlassung einverstanden erklärt hätte und nur mit dem sofortigen Abzug des Vorschusses nicht einverstanden gewesen wäre. Wie die Interessenvertretung der Arbeiter, den Angaben der Unternehmer ohne weiteres Glauben schenken kann, ist unverständlich und beweist nur, daß der Arbeiterrat nicht den ernsthaften Willen besitzt, sich irgendwie für die Interessen seiner Kollegen einzusetzen.

Die Unternehmer und ihre Bundesgenossen im Kampf gegen AFD-Betriebsräte

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben:

Ich war seit Mai 1924 bei der Firma Klauer und Simon beschäftigt. Da ich mich verschiedentlich gegen Absätze von den Akkordpreisen zur Wehr setzen mußte, hatte es die Firma darauf abgesehen, mich möglichst bald wieder los zu werden, damit niemand ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen sähe. So versuchte man mich bereits vor Weihnachten 1924 und dann später nochmals im Januar 1925 zu entlassen. Es gelang jedoch damals dem Arbeiterrat, die Entlassung zu verhindern, da man mir in meiner Arbeit auch nicht das geringste nachlagern konnte und mit dem Hinweis darauf, daß ich verheiratet und Vater eines Kindes war, und andererseits noch andere Arbeiter im Betriebe beschäftigt waren, die jünger und nicht verheiratet sind. Von der Belegschaft wurde ich in diesem Frühjahr bei der Aufstellung der Liste zur Betriebsratswahl als Mitglied des Arbeiterrates in Vorschlag gebracht. Als jedoch der Unternehmer von meiner Wahl zum Arbeiterrat erfuhr, schimpfte er zunächst mächtig auf den Betriebsratsvorsitzenden, weil er nicht verhindert habe, daß ein roter Betriebsrat gewählt worden sei und erklärte, mich als Mitglied der Betriebsvertretung nicht anerkennen zu wollen. Kurz nach der Wahl wurde im Betrieb die zweite Schicht eingeführt, und ich machte bereits damals darauf aufmerksam, daß der Unternehmer die Gelegenheit benutzen würde, wenn die zweite Schicht wieder abgebaut würde, mich mit auf die Straße zu setzen. Doch die SPD-Betriebsratsmitglieder glaubten mir damals sagen zu müssen, das seien ja doch nur Illusionen und

an meine Entlassung sei nicht zu denken. Doch ich kannte meinen Pappenheimer und sollte nur allzu bald Recht behalten.

Es waren kaum drei Wochen ins Land gegangen und die zweite Schicht wurde wieder aufgelöst, und das unbequeme Arbeiterratsmitglied entlassen mit der Begründung, daß ich ja doch nur Erlasman sei. Eingekuschelt durch den Unternehmer, weil er nicht verhindern konnte, daß ein Kommunist als Arbeiterratsmitglied in Vorschlag gebracht worden war, hatte der alte Betriebsratsvorsitzende beim Aushang der Vorschlagsliste eine Änderung vorgenommen und mich nur als Erlasman angeführt.

Als meine Entlassung bekannt wurde, gab es allgemein großes Geschrei. In einer Sitzung des Betriebsrates wurde zu dieser Frage Stellung genommen, und man sprach sich einmütig gegen meine Entlassung aus. Auf Grund einer Beschwerde beim DAB verfuhrte ein SPD-Gewerkschaftsangehöriger mit dem Unternehmer über die Zurücknahme meiner Entlassung eine Verhandlung herbeizuführen. Darauf wieder Betriebsratsung, in der der Gewerkschaftsangehörige seine lieben Parteifreunde recht hübsch einleitete, und bei der Abstimmung stimmten 2 für und 1 gegen meine Entlassung. Zwei unentwegte Tapferer enthielten sich der Stimme. Damit war mein Schicksal besiegelt. Der Unternehmer hatte sein Ziel erreicht und wird recht tief aufgemet haben. Gott sei Dank, der Kommunist ist taust! Ja, er hatte gute Bundesgenossen gefunden.

Die Belegschaft der Firma Klauer und Simon aber sollte an der Feigheit dieser SPD-Strategen lernen, — und sich das für die Zukunft merken.

Ein adeliger Ausbeuter

Von einem Arbeiterkorrespondenten.

Die Reaktionen aller Schattierungen, und nicht zuletzt die in der von den Sozialdemokraten regierten Republik geübten und gepflegten Junker, Barone, Grafen und sonstigen Ausbeuter, wittern wieder Notgeilheit. Sie glauben, daß nunmehr nach dem Einzuge Hindenburgs als Statthalter der monarchistischen Reaktion auch bald ihre Zeit wieder in vollem Glanze komme. Sie glauben, mit aller Frömmigkeit und Brutalität mit den Arbeitern umspringen und Schindluder spielen zu können, die Republik ist ja tolerant genug, und läßt diese Herrschaften gewähren, ohne für den Arbeiter Schutz gegen die brutale Ausbeutung zu bieten. Als ein besonders schlimmer Faktor ist der Graf Holstein auf Schloß Werka bei Bauhen bekannt. Das Holz, das von elend bezahlten Arbeitern in seinem Hofe gechlagen wird, und für das man in Friedrichsdorf pro Meter 3 Mk. bezahlt, verkauft dieser Ausbeuter jetzt mit 15 Mk. pro Meter, seinen non ihm beim Waldanpflanzen beschäftigten Frauen zahlt er jedoch den horrenden Lohn von 12 Pf. pro Stunde. Mehr zu zahlen ist dieser Mann nicht in der Lage. Wozum sollte denn sonst das Geld genommen werden, um die feuchtschweißigen vaterländischen Abende der Stahlhelm- und Wehrwolfbanden zu bezahlen. Doch nein — auch er hat zuweilen ein freundliches Herz. Vor allem, wenn es darauf ankommt, wie bei der Reichspräsidentenwahl, mit Bier und Schnaps die Bauern und armen Proleten durch den Saff zur Abgabe ihrer Stimme für Hindenburg zu begeistern.

Die Arbeiter und Kleinbauern von Werka und Umgebung sollten jedoch erkennen, daß das Schicksalmerleben des Grafen Holstein nur durch die Ausbeutung der Proleten und schaffenden Kleinbauern möglich ist. Sie sollten sich freimachen von dem Auzel, der ihnen gereicht wird, und sollten erkennen, daß auch dies eine Kette zu ihrer Verflüchtung ist. Reicht euch ein in die Kampffront der Arbeiter und kämpft dort um ein besseres Dasein, dann wird es auch möglich sein, diese Ausbeuter recht bald zum Teufel zu jagen.

Aus der Chamottefabrik Werka bei Bauhen

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Als ein besonders brutaler Unternehmerricht entpuppt sich in der Chamottefabrik Werka bei Bauhen der Betriebsleiter Martin. Die Arbeiter sind in seinen Augen nichts weiter als „faule Hunde“ und „dreißige Schweine“. Wenn er früh zur Arbeit kommt, „begrüßt“ er die Proleten mit diesen Ausdrücken in der gemeinsamen Küche. Falls nach seiner Meinung die Arbeiter nicht genügend laufen, bezeichnet er sie als „faule Bande“, die vor Faulheit stinken. Einem Former, der sich weigerte, eine Akkordarbeit zu einem außerordentlich schlechten Lohn zu machen, nannte dieser brutale Unternehmerricht einen „dummen Jungen“, und erklärte dem Arbeiter: wenn es Ihnen nicht paßt, so hören Sie sich zum Teufel, hier ist keine Erholungsstätte. Fortgesetzt verhielt dieser Arbeiterhinder die Ofenheizer zu Überstunden zu pressen. — Jeder Arbeiter dieser Knochenmühle ist froh, wenn er nach keiner Arbeitszeit den Betrieb verlassen kann und ihn nicht mehr die gemeinen Krastausdrücke des „Betriebsleiters“ in den Ohren klingen.

Von den Fezern wird eine tägliche Mindestleistung von 3000 Stück Flegel verlangt, eine Leistung, die bei normaler Arbeitsweise und selbst im Akkord nicht möglich ist. Dieser Wankheld erzählt jedoch den Arbeitern, er hätte „als er noch Arbeiter“ gewesen sei, 3000 Stück gefertigt, und droht den Arbeitern, falls diese Stückzahl nicht erreicht würde, sie auf der Stelle zu entlassen.

Die Arbeiter der Chamotte-Fabrik Werka sollten sich diesen Arbeiterhinder einmal ganz besonders vornehmen und ihm einmal gehörig pfauseln machen, daß man die Arbeiter nicht angeht wie Heulen behandeln kann. An die Arbeiter der Chamotte-Fabrik Werka aber ergeht der Ruf: Organisiert euch reflexlos in der zuständigen Organisation! Entkämpft euch bessere Arbeitsbedingungen, nehmt diesem Arbeiterhinder gegenüber Stellung und gebt ihm die Antwort, die dieser Kerl verdient.

Justizkrieg gegen Betriebszellenzeitung!

Im Leberhäuser Chemiefazern wird die Betriebszellenzeitung „Der Farbentempel“ betrieben. Die Direktion führt mit einem Heer von Spiegeln einen Kampf gegen die Zellenzeitung und Verbreiter der Zeitung. Trotz der ausgekauften Bezahlung von 3000 Mk. erreichte die Direktion bisher ihr Ziel nicht. Schließlich wurden einige Genossen auf Grund von Denunzianten der Staatsanwaltschaft namhaft gemacht.

Die Genossen wurden wegen formaler Beleidigung unter Anklage gestellt und zu Geldstrafen von 10 bis 50 Mk. verurteilt.

Wenn nun die Direktion des Leberhäuser Chemiefazerns und die Staatsanwaltschaft glauben, daß die Arbeiterschaft auf die Betriebszellenzeitung verzichtet und ihr Aufklärungswert im Betriebe einstellt, so ist sie bestimmt auf dem Holzwege!